



Ausgabe 1

Oktober 2018

# RUNDBRIEF

## AG NRWSPD 60 plus



### In dieser Ausgabe:

„Rente muss für ein gutes Leben reichen“, DGB Veranstaltung.

Wohnungspolitische Vorstellungen des VdK

SEBASTIAN HARTMANN:  
Wohnen ist die soziale Frage des Jahrzehnts.

**Bundesvorstand und Bundesausschuss:**  
SPD 60 plus fordert Einsatz der Rentenkommission auf PV-Ebene der SPD

Weitere Informationen hier:  
[www.ag60plus-nrwspd.de](http://www.ag60plus-nrwspd.de)  
<https://www.facebook.com/Landesvorstand/>  
<https://60plus.spd.de>

Herausgeber: Landesvorstand AG  
NRWSPD 60 plus

### RENTE MUSS FÜR EIN GUTES LEBEN REICHEN

Dies war der Titel der Info-Veranstaltung, zu der der DGB Düsseldorf am 11. Oktober eingeladen hatte. Hochrangige DGB-VertreterInnen diskutierten sowohl mit Experten wie der Professorin Dr. Engelen-Kefer und dem Referatsleiter des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts, Dr. Florian Blank, als auch mit Vertreterinnen der jungen Generation, Ramona Hein, Hotelfachfrau und Lena Herrmann, die bei Mercedes beschäftigt ist.

In den Vorträgen wurde deutlich, dass die Situation der Rentnerinnen und Rentner in NRW regional sehr unterschiedlich ist; die höchste Rente in NRW gab es 2015 für männliche Neurentner in Bottrop mit durchschnittlich 1219 Euro, dicht gefolgt vom Rhein-Erft-Kreis mit 1216 Euro. Schlusslichter bilden Düsseldorf mit 945 und Bonn mit 904 Euro. (DGB Rentenreport 2017, S. 6)

Bei Frauen liegen die Düsseldorferinnen mit 690 Euro an der Spitze, Schlusslicht sind die Gelsenkirchenerinnen mit 474 Euro. Bedenklich ist der Anstieg der Altersarmut. Eine wachsende Zahl von Menschen ist auf Grundsicherung angewiesen, weil die Rente nicht zum Leben reicht. 2015 waren dies in NRW über 267 000 Menschen, 7% mehr als 2013.

Besonders betroffen davon sind Frauen, die im Niedriglohnssektor arbeiten; 25% der Arbeitenden können keine Rente aufbauen, weil sie nicht in die Rentenkasse einzahlen. Für diese Gruppe ist aber die gesetzliche Rente besonders wichtig. Hieraus leitet der DGB Forderungen an die Rentenkommission ab:

- Die Absenkungsfaktoren müssen verschwinden
- (Riesterfaktor, Nachhaltigkeitsfaktor)
- Riesterförderung für Neuverträge muss gestoppt werden
- Alle Erwerbstätigen (Selbstständige, Beamte) sollen einbezogen werden
- Erwerbsminderungsrenten sollen auch für Bestandsrentner erhöht werden
- Die Rente soll in Zukunft nur noch ein Säulenmodell sein
- Die Mütterrente soll aus Steuermitteln bezahlt werden.

Eine Forderung lautet auch, dass diejenigen die lange gearbeitet, aber wenig verdient haben, Freibeträge bekommen sollen, so dass sie oberhalb der Armutsgrenze sind.

Hochinteressant war, dass in Österreich, das durchaus vergleichbar ist mit Deutschland, eine durchschnittliche Rente für Männer von 1820 Euro und für Frauen von 1220 Euro gezahlt wird. In Österreich ist es geglückt, den Sozialstaat zu stärken bei einem Beitragssatz von ca. 22%, ohne dass die Wirtschaft zusammengebrochen ist. (14.10.18, MREISEWITZ)



## Wohnungspolitische Vorstellungen des VdK

Der Landesvorstand der AG NRWSPD 60 plus setzte seine verbandspolitischen Gespräche fort. Alissa Schreiber, wissenschaftliche Referentin für Kommunale Sozial- und Wohnungspolitik beim VdK war eingeladen und sollte die wohnungspolitischen Vorstellungen des Verbandes erläutern.

Alissa Schreiber beginnt ihr Referat „Bau- und Wohnungspolitik sozial gestalten mit der Einteilung des Wohnraumes in

- Bezahlbarer Wohnraum
- Barrierefreier Wohnraum
- Handlungsspielraum auf kommunaler Ebene

Beim bezahlbaren Wohnraum geht sie auf Statistiken ein und zeigt auf, wo besonderer Handlungsbedarf besteht. Sie stellt die Forderungen des VdK NRW dar und erläutert diese. Zum barrierefreien Wohnen stellt sie den Prozess der Novellierung der BauO NRW dar und erläutert die Novellierung der Bauordnung / BauModG 2018 (Baumodernisierungsgesetz 2018). Auch hier stellt sie die umfangreichen Forderungen des VdK dar und erläutert diese. Handlungsspielräume auf kommunaler Ebene sieht sie insbesondere darin, dass die Instrumente der kommunalen Wohnraumpolitik und – Steuerung nicht auslaufen dürfen und zählt maßgebende Auslauftermine auf. Fazit der wohnungspolitischen Vorstellung des VdK:

- Kommunen müssen Wohnraumpolitik strategisch angehen
- Zukunftsthemen miteinander verbinden (barrierefreier und günstiger Wohnraum)
- Landesrechtliche Bestimmungen zum Mieterschutz dürfen nicht auslaufen

Wohnen wird für die NRWSPD und damit auch für unsere Arbeitsgemeinschaft ein herausragendes Thema bleiben. (12.10.18, H.J.Böken)



**SEBASTIAN HARTMANN:** Wohnen ist die soziale Frage des Jahrzehnts. In vielen Regionen des Landes sind die Wohnungen knapp und die Mieten hoch. Die [NRWSPD](#) hat am Freitag (12.10.18) ein Konzept für den Wohnungsbau in NRW vorgestellt, mit dem wir endlich vorankommen. Die Diagnose ist klar: Wir müssen mehr bauen, um das Problem zu lösen. Dazu schlagen wir u.a. eine neue landeseigene Wohnungsbaugesellschaft vor: Die Gesellschaft baut, die Kommunen beteiligen sich mit Grundstücken als Eigenkapital und das Land bürgt. Das alles funktioniert ohne großen Verwaltungsapparat oder Vorstandsgremien. Diese neuen Wohnungen bleiben dann dauerhaft in öffentlicher Hand und können zu bezahlbaren Preisen vermietet werden. Mehr Wohnungen in NRW - dafür steht die SPD.



Sebastian Hartmann: „Ab Januar 2019 zahlen Arbeitgeber wieder genauso viel in die gesetzliche Krankenversicherung ein wie ihre Beschäftigten. Das haben wir gegen die Union in den Koalitionsverhandlungen erkämpft. Gut, dass wir das Gesetz heute beschließen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Rentnerinnen und Rentner dadurch entlastet werden“.



Grafik: Imichman/shutterstock.com



Auf Antrag der AG NRWSPD 60 plus hat der Bundesausschuss in seiner letzten Sitzung beschlossen, die SPD aufzufordern, endlich die Rentenkommission beim PV einzusetzen.

Der Bundesausschuss der AG 60 plus fordert den Parteivorstand der Bundes SPD auf, die Kommission „Zukunft der Alterssicherung“ unverzüglich einzusetzen.

Es ist eine existenzielle Angelegenheit für die SPD im Thema Rente klare Entwürfe zu haben, die für ein solidarisches und gerechtes Generationenprojekt stehen.

Unser Ziel muss sein, Vorschläge für ein zukunftsfestes Alterssicherungssystem zu entwerfen. Mit der Realisierung unserer Vorschläge schaffen wir ein zukunftsfestes Alterssicherungssystem welches Sicherheit für Jung und Alt, für Frauen und Männer, für alle bietet. Es muss ein wesentlicher Beitrag zur gesellschaftlichen und politischen Stabilität unseres Landes gewährleisten.

Eine parteiinterne Rentenkommission kann unsere Beschlusslage zum Thema verdeutlichen, über eine Legislaturperiode hinausdenken und Anlassgeber für einen gesamtgesellschaftlichen Diskussionsprozess sein.

Dadurch geben wir in den Medien und unseren Wählerinnen und Wählern die Möglichkeit, als Partei wahrgenommen zu werden. Eine Koalitionskommission kann dies alles nicht gewährleisten.

